



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 17. März 2023

Bericht aus der Session – Nummer 46
Rückblick auf die Frühlingsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am ersten Tag der Session hielten wir im Nationalrat eine Schweigeminute für die Opfer des Angriffs auf die Ukraine und für die Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien ab. Es war ein trauriger Moment. Während wir uns im Alltag vor allem mit der Frage beschäftigen, wie wir den Menschen in der Ukraine, Syrien und der Türkei am besten helfen können, stand während der Schweigeminute die Not der Menschen in den betroffenen Gebieten im Vordergrund. Viele haben Angehörige, ihr Zuhause und ihre Zukunftsperspektiven verloren und kämpfen nun in ihrer zerstörten Heimat bei winterlichen Temperaturen ums Überleben.

Auf politischer Ebene müssen wir festlegen, wie die Hilfe der Schweiz für die betroffenen Menschen kurz- und langfristig ausgestaltet werden soll. Im Vorfeld und während dieser Session intensiv diskutiert wurde die Frage, ob die Schweiz die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial zulassen soll. Im Nationalrat sprachen wir uns im Rahmen der Debatte zur [Motion 23.3005](#) gegen die Weitergabe von Kriegsmaterial aus. Die SP-Fraktion hatte die Motion anders als die knappe Mehrheit der grossen Kammer unterstützt. Für mich ist und bleibt die Frage der Weitergabe von Kriegsmaterial schwierig. Erst vor gut einem Jahr war die Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes trotz massivem Widerstand der Waffen-Lobby in Kraft getreten. Dieses Gesetz verbietet der Schweiz sowohl den direkten Export von Rüstungsmaterial in kriegsführende Länder als auch die Weitergabe via einen Drittstaat. Und das Gesetz gilt auch für die Ukraine. Obwohl die Ukraine von Russland angegriffen worden ist, lässt das Kriegsmaterialgesetz die Lieferung von Schweizer Kriegsmaterial an die Ukraine nicht zu. International gibt es wenig Verständnis für die strenge Schweizer Gesetzgebung und es hagelt Kritik. Auch innerhalb der Schweiz wurden vor unserer Session viele Stimmen laut, die fordern, dass das Kriegsmaterialgesetz wieder gelockert werden soll. Eigentlich sollten Gesetze nicht in kurzen Zeitintervallen abgeändert werden. Es gab und gibt viele Gründe, weshalb wir uns für dieses strenge Gesetz und gegen Schweizer Waffen in Kriegen entschieden haben. Deshalb kann ich mit dem Entscheid des Nationalrats, die Weitergabe von Kriegsmaterial



nicht zu lockern, gut leben. Die Schweiz hat andere Möglichkeiten, dem ukrainischen Volk beizustehen. Sie kann als neutrales Land weiterhin ihre guten Dienste anbieten, sie kann humanitäre Hilfe leisten und sie kann Geflüchtete aufnehmen und sie möglichst gut integrieren.

Sowohl in der Ukraine als auch in den Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei sind die Menschen auf langfristige humanitäre Hilfe angewiesen. Ich hoffe fest, dass die Schweigeminute im Parlament am Anfang einer politisch breit abgestützten Unterstützung für die betroffenen Menschen in der Ukraine, Syrien und der Türkei stand.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz
Präsidentin ProRaris (Dachverband für seltene Krankheiten)



17.03.2023

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 46

Rückblick auf die

Frühlingsession...

Verordnungen des Bundes: Der Nationalrat will, dass das Parlament gegen Verordnungen des Bundes das Veto ergreifen kann. Er hat am Montag einer entsprechenden [parlamentarischen Initiative](#) Folge gegeben. Der Rat folgte der vorberatenden Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Diese war mehrheitlich der Meinung, dass das Veto dem Parlament mehr Mitsprachemöglichkeiten gibt, wie Kommissionssprecher Andri Silberschmidt (FDP/ZH) sagte. Bei Verordnungen, die im Widerspruch zu den Absichten des Parlaments stünden, habe das Parlament derzeit keine Möglichkeit, rasch und wirkungsvoll einzugreifen.

Kommentar: *Es dauert sehr lange, bis sich das Parlament auf gesetzliche Regeln einigt. Das geforderte Verordnungsveto würde zu grossen Verzögerungen beim Inkraftsetzen von neuen Ausführungsbestimmungen führen. Zudem hat das Parlament bereits heute die Möglichkeit, mit Vorstössen Einfluss auf Verordnungen auszuüben. Ich bin deshalb froh, ist diese parlamentarische Initiative vom Tisch.*

Medizinische Versorgung: Der Nationalrat will mit einer Ausnahmeregelung einer medizinischen Unterversorgung in gewissen Bereichen entgegenwirken. Hausärztinnen und Kinderärzte sollen auch dann Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung abrechnen können, wenn sie noch nicht drei Jahre lang in einer anerkannten Schweizer Weiterbildungsstätte gearbeitet haben. Mit 157 zu 32 Stimmen bei einer Enthaltung stimmte der Nationalrat einem entsprechenden [dringlichen Bundesgesetz](#) zu. Wenige Tage später sagte auch der Ständerat ja zu diesem dringlichen Bundesgesetz.

Kommentar: *Um die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, braucht es zwingend genügend Hausärzte und Kinderärztinnen. Frühzeitige politische Massnahmen, die einem Mangel an Grundversorger/innen entgegenwirken, sind deshalb sehr wichtig.*

Prämienverbilligung: Anders als der Ständerat will der Nationalrat nichts davon wissen, den Ausbau der Prämienverbilligungen auf die lange Bank zu schieben. Er hat am ersten Tag der Session am [indirekten Gegenvorschlag](#) zur Prämien-Entlastungs-Initiative der SP festgehalten. Der Nationalrat erachtet es angesichts des Prämienwachstums in diesem Jahr und weiteren drohenden Anstiegen für unerlässlich, das System der Prämienverbilligung zu verbessern.

Kommentar: *Die hohen Krankenkassenprämien erdrücken Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Kopfprämien sind höchst unsozial und verlangen nach einer Entlastungsmassnahme für Menschen mit wenig Geld.*

AHV-Teuerungsausgleich: National- und Ständerat wollen nichts wissen von einem vollen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten in diesem Jahr. Beide Räte lehnten es in dieser Session ab,



auf eine [Umsetzungsvorlage](#) einzutreten. Gegen die zusätzliche Rentenerhöhung stellten sich neben FDP und SVP auch die Grünliberalen. Die AHV sei heute schon finanziell belastet. In der Herbstsession hatte der Nationalrat einer Motion mit demselben Anliegen noch zugestimmt.

Kommentar: Die Bundesverfassung verlangt, dass die Renten den Existenzbedarf angemessen decken, doch das tun sie bei weitem nicht. Es ist frustrierend, dass sich die Bürgerlichen jegliche auch noch so kleine Erhöhungen der Renten verunmöglichen.

Kinderbetreuung: Damit mehr Mütter nach der Geburt ihrer Kinder eine Erwerbsarbeit aufnehmen, will der Nationalrat die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung mit Bundesbeiträgen senken. Anträge auf Kürzung der Unterstützung waren fast alle chancenlos. Beschlossen hat der

Rat nun, dass der Bund zunächst bis zu 20 Prozent der durchschnittlichen Kosten eines Betreuungsplatzes übernimmt; später kann es weniger sein. Der Bund soll zudem lediglich Betreuungsplätze für Kinder unterstützen, deren Eltern ein bestimmtes Arbeitspensum leisten. Unterstützt werden sollen Betreuungsplätze für Kinder bis zum Ende der Primarschulzeit.

Kommentar: Die institutionelle Kinderbetreuung wirkt sich erwiesenermassen positiv auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern aus.

Insbesondere bei Trennungen ist es wichtig, dass kein Elternteil den Anschluss an die Arbeitswelt ganz verloren hat.

Betreuungsurlaub: Eltern von Kindern mit einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung sollen nach dem Willen des Parlaments einfacher Leistungen aus der Erwerbsersatzordnung (EO) erhalten. Als Zweitrat hat am Mittwoch der Nationalrat eine entsprechende [Motion](#) des Luzerner FDP-Ständerats Damian Müller angenommen. Der Bundesrat hatte den Vorstoss wegen der Kostenfolgen für die EO zur Ablehnung empfohlen. Er muss nun gegen seinen Willen einen Umsetzungsvorschlag erarbeiten.

Kommentar: Eltern sollen für ihre schwerkranken Kinder da sein können, wenn diese im Spital sind. Ich bin erleichtert, dass die Motion angenommen worden ist.

Dargebotene Hand: Der Bundesrat soll nach dem Willen des Nationalrats die dauerhafte Finanzierung von Organisationen im Bereich der psychischen Gesundheit – wie beispielsweise der Dargebotenen Hand - sicherstellen. Dies, sofern diese für die gesamte Schweiz Bedeutung haben. Die grosse Kammer will mit der Annahme der [Motion](#) insbesondere die Gewalt- und Suizidprävention stärken.

Kommentar: Menschen in einer psychischen Notlage sollen rasch und unkompliziert Hilfe erhalten. Die finanzielle Sicherheit der Organisationen, die diese Hilfe bereitstellen, ist sehr wichtig.

Tod eines Elternteils: Stirbt ein Elternteil kurz nach der Geburt eines Kindes, hat der überlebende Vater oder die überlebende Mutter künftig Anspruch auf 16 Wochen Urlaub. Nach dem Nationalrat hat sich am Donnerstag auch der Ständerat dafür ausgesprochen. Mit der neuen Lösung will das Parlament verhindern, dass der Mutterschafts- respektive der Vaterschaftsurlaub bei einem Todesfall kurz nach der Geburt eines Kindes erlöscht. Heute ist dieser Fall nicht klar geregelt. Auch der Bundesrat sprach sich für die [Vorlage](#) aus. Sie gewährleiste die Gleichbehandlung der hinterlassenen Mutter respektive des hinterlassenen Vaters.

Kommentar: Stirbt ein Elternteil kurz nach der Geburt, muss die Betreuung und das Wohl der hinterbliebenen Kinder erste Priorität haben.

Der Frieden ist das Meisterstück der Vernunft.

Immanuel Kant



Mietrecht: Der Nationalrat hat sich für zwei Anpassungen des Mietrechts zugunsten von Eigentümerinnen und Eigentümern ausgesprochen, indem er die entsprechende [parlamentarische Initiative](#) gutgeheissen hat. Bei der Untervermietung von Räumlichkeiten sollen Eigentümerinnen und Eigentümer mehr zu sagen haben. Wenn sie Eigenbedarf geltend machen, sollen sie schneller zu den Objekten kommen. Vermieterinnen und Vermieter sollen neu explizit schriftlich Untervermietungen zustimmen müssen. Zudem sollen die Vermieter in Zukunft ein ausserordentliches Kündigungsrecht erhalten, wenn der Mieter die Voraussetzungen für die Untermiete nicht einhält.

Kommentar: *Es ist unfassbar, dass im Nationalrat das Mietrecht dermassen geschwächt hat.*

Schwangerschaftsabbrüche: Der Abbruch einer Schwangerschaft soll in der Schweiz eine Strafsache bleiben. Der Nationalrat hat eine Streichung von Abbrüchen aus dem Strafgesetzbuch abgelehnt. Er sagte mit knappem Mehr Nein zu einer [parlamentarischen Initiative](#) von Léonore Porchet (Grüne/VD). Porchet verlangte mit einer parlamentarischen Initiative, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und in erster Linie als Frage der Gesundheit zu betrachten. Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) beantragte ein Nein; der Rat folgte ihr nun mit 99 zu 91 Stimmen und mit 6 Enthaltungen.

Kommentar: *Dieser Entscheid ist eine Enttäuschung. Die Regelung der Abtreibung im Strafgesetz trägt zur Stigmatisierung betroffener Frauen bei.*

Weltweiter Umweltschutz: Das Parlament will ebenso wie der Bundesrat in den Jahren 2023 bis 2026 mehr Geld ausgeben für weltweite Umweltmassnahmen. Der Nationalrat hat als Zweitrat einen Verpflichtungskredit von rund 198 Millionen Franken gutgeheissen. Mit 138 zu 53 Stimmen und 1 Enthaltung folgte die grosse Kammer dem Antrag der Mehrheit der Umwelt- respektive der Finanzkommission, vgl. [Geschäft 22.060](#). Der bewilligte Betrag ist knapp 50 Millionen Franken höher als jener der Jahre 2019 bis 2022 und parlamentarisch unter Dach und Fach.

Kommentar: *Der Klimawandel muss international bekämpft werden. Die Schweiz kann und muss auch in finanzieller Hinsicht Verantwortung bei der Lösung der ökologischen Krise übernehmen. Die Gutheissung des Verpflichtungskredits war dringend nötig.*

Krisentaugliches Parlament: Das Bundesparlament soll in künftigen Krisenlagen virtuell tagen und generell mehr Einfluss nehmen können. Das haben die Räte übereinstimmend, vgl. [parlamentarische Initiative](#). Die Räte sollen, wenn sie wie zum Beginn der Coronavirus-Pandemie im März 2020 nicht physisch zusammentreten können, online tagen können. Bei regionalen Ereignissen - etwa Naturkatastrophen - soll es möglich sein, einzelne Ratsmitglieder virtuell zuzuschalten. Sitzungen ausserhalb von Bern sollen leichter möglich werden. Wahlen sollen aber nicht möglich sein, wenn das Parlament virtuell tagt.

Kommentar: *Das Parlament musste 2020 seine Frühlingssession wegen Corona abbrechen und konnte damit seine Verantwortung zu Beginn der Krise nicht wahrnehmen. Eine solche Situation soll sich nicht wiederholen, weshalb die Annahme des Vorstosses wichtig ist.*

Pensionskassenreform: Sieben Runden in den Räten reichten nicht aus, um die [BVG-Reform](#) zu bereinigen. Für die letzten Differenzen musste die Einigungskonferenz eine Lösung finden. Bis am Schluss gestritten wurde über die Eintrittsschwelle und die Behandlung von freiwilligen Einkäufen. Am letzten Sessionstag konnte die BVG-Reform schliesslich vom Parlament verabschiedet werden.

Kommentar: *Niemand ist wirklich zufrieden mit dieser Revision. Voraussichtlich kommt es zur Volksabstimmung.*



13. AHV-Rente: Das Bundesparlament stellt sich gegen die Initiative "Für ein besseres Leben im Alter". Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat das Volksbegehren für einen Rentenzuschlag im Umfang einer 13. AHV-Rente abgelehnt. Die Mehrheit des Rates beurteilte wie der Bundesrat die Mehrkosten des Vorhabens als nicht tragbar. Laut der Landesregierung hätte eine Annahme der Initiative im Jahr 2032 Mehrausgaben von rund fünf Milliarden Franken zur Folge - zusätzlich zum prognostizierten Umlagedefizit von 4,7 Milliarden Franken.

Kommentar: *Es ist schade, dass diese Initiative im Parlament keine Mehrheit gefunden hat. Gemäss Verfassung sollte die AHV existenzsichernd sein, doch das ist sie längst nicht mehr. Eine Erhöhung der AHV-Rente tut Not!*

Persönlicher Vorstoss in der Frühlingssession:

- [23.3046](#) Reduktion der psychischen Krankheiten dank sicherer und gesunder Arbeitsumgebung (Postulat)
- [23.3047](#) KESB Zuständigkeiten bei Unterhalts- und Elternverträgen (Postulat)
- Neues Postulat: Myalgische Enzephalomyelitis / Chronic Fatigue Syndrome (ME/CFS) - Versorgungssituation
- [21.3090](#) Altersdiskriminierung bei Frauen (während der Session abgelehntes Postulat)
- [21.3114](#) Hilfe für Sexarbeitende (während der Session zurückgezogene Motion)